

Berliner Tageblatt

433 • Ausgabe B Nr. 215
Tage für Berlin u. Umgegend Nr. 433

und Handels-Zeitung

Chief-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die Verhaftungen in München.

Die Münchener Spuren der Mörder.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

München, 14. September.
 Die schon gemeldet, wurden von den in der Nordische Erz-
 ger vorgenommenen Verhaftungen sechs aufgedeckt.
 In den beiden Mordfällen sind auch die Verhafteten keine
 anderen, sondern gehören dem Kreis nationalsozialistischer
 deutscher und christlicher Offiziere an, der sich unter dem
 Namen des Nationalsozialistischen Kampfbundes durch Jung-
 menschen mehr und mehr nach München verzog. Die Unter-
 suchung beweist sich auch in der Richtung, festzustellen, ob sich die
 Verhafteten Schutz und Zuflucht auch schon zurzeit der Er-
 hebung des Abgeordneten Garetz (in der Nacht zum
 Sonntag) in München aufhielten. Beide waren viel am Reiten und
 in die festsitzende in ihrem Quartier. Müssen war seiner
 Wohnung nach eine Zeitlang zwischen Prestau und Oberlichten-
 berg Verbindungsoffizier tätig, kam aber zwischenzeitlich
 nach München zurück. Wohin und zu welchem Zweck
 ist noch ungeklärt; faunmännlich war er nicht
 tätig. Am 1. August überlebte auch er aus einer Besinnung
 des Haus Magimiliansstraße 33; gleich darauf führen beide zum
 Ende der ihnen betreuten Familie nach Berlin. Am
 August kam Schulz nach München zurück. Kurz vor dem Mord
 bei München mit unbekanntem Ziele. Einen Tag nach der
 Verhaftung Erzbischofs tauchten beide wieder in München auf,
 in Ziffern auch sein Zimmer in der Magimiliansstraße 33
 auf. Am 31. August verabschiedeten beide wieder.

Die Koalitionsfrage in Bayern.

Fractionsberatungen. — Zentrumstimmen gegen rechts.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

München, 14. September.
 Die Fractionsberatungen über die künftige Gestaltung
 der bayerischen Koalition und die Neubestimmung des
 Ministerpräsidenten haben im Laufe des heutigen Vor-
 mittags begonnen. Um 10 Uhr trat die Bayerische Volks-
 partei zusammen, der als deren Koalitionspartner die Auf-
 stellung des Ministerpräsidenten vorzuzugelen. Die Haltung
 der Bayerischen Volkspartei wird dadurch gekennzeichnet, daß sie an-
 derer Seite zwar dazu neigt, Herrn v. Rohr — vielleicht noch
 ehrenhalber und in der Voraussetzung, daß er absteigt — noch einmal
 zu präferieren, auf der anderen Seite aber in einem Artikel des
 „Bayerischen Kuriers“ über „Bayerische Politik“ heute sehr
 hart von den Deutschnationalen um Herrn Roth ab-
 rückt. In diesem Artikel heißt es: „So wenig das Kompro-
 mitt im neuen Preis das Ziel der bayerischen Politik sein kann, so wenig
 darf sich diese Politik auf den Konflikt mit jedem
 anderen Ziele als dem überstaatlichen, für die
 der gerechte Ausgleich den obersten Grundlag bildet; der verfolgt
 andere Zwecke, als jene, die für die bayerische Politik bestimmend
 sind. Solcher Ziele, die dem bayerischen Interesse im
 schmalsten Mißbrauch mit dem Selbstinteresse des Landes, für das
 er zu stehen vorgibt; unter dem Deckmantel einer bayerischen
 Politik gestiftet er die Grundlage des bayerischen Staates, nicht
 Staatsinteressen, sondern nade und bloße Parteinter-
 essen sind für seine Geltung entscheidend. Diese Politik, die sich
 auf Bayern erst von dem Augenblick an befinnt, als man vermeint,
 Bayern für die eigenen, politischen Pläne mitzubringen zu können,
 diese Politik, die Bayern um die bayerischen Rechte so
 oft verraten und mit Füßen getreten hat, hat in der
 letzten Kritik den Ausgleich mit dem Reich mit allen Mitteln zu
 hintertreiben versucht; sie hat sich vor allem für die Erhaltung des
 bayerischen Ausnahmezustandes eingesetzt, weil sie hoffte, im Schutze
 dieses Ausnahmezustandes ihre parteipolitischen Ziele fördern zu können.
 Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen die Revolution verfolgten
 Kreise, die dieser Politik nicht fernstehen, Zweck, die sich von
 revolutionären Zielen in nichts unterscheiden.
 Das bayerische Volk, das durch die furchtbare Schule der Gefähr-
 tung der 1919 in seiner überlegenen Mehrheit ein ent-
 schlossenem Gegner der Revolution ist, verlangt darum
 auch, daß dem bayerischen Staate in irgendeiner Form die
 Einheit genahrt und gesichert bleibe, sich gegen neuen Umsturz zu sichern.
 Das bayerische Volk lehnt aber nicht minder ent-
 schieden als den Umsturz von links jene revo-
 lutionäre Gegenrevolution ab, die sich der ver-
 brecherischen Gewalttat und des feigen Mordes be-
 dient, um zu ihrem Ziele zu gelangen. Mit brennender
 Scham hat man es darum in Bayern vernommen, daß an der Er-
 hebung des Abgeordneten Erzberger Personen be-
 teiligt sind, die das bayerische Volkrecht zu ver-
 brecherischen Intrigen mißbraucht haben.“

Die Neuwahlen in Schweden.

(Von unserem Korrespondenten)

Stockholm, im September.

Das politische Leben Schwedens wird zurzeit von den
 Wahlen beherrscht. Ihrem Ausfall sieht man diesmal mit
 um so höherem Interesse entgegen, als sie zum ersten Male
 nach einem neuen, fast unbefchränkten Wahlrecht erfolgten.
 Unter dem Eindruck der über Mitteleuropa dahinjagenden
 Revolutionswelle wurde auch in Schweden durch das liberal-
 sozialdemokratische Ministerium Ebn 1918 außer anderen
 wichtigen Reformen eine völlige Demokratisierung des Wahl-
 rechts herbeigeführt. Alle noch bestehenden Beschränkungen,
 wie Begrenzung der Steuern, Ableistung der Wehrpflicht und
 anderes, wurden beseitigt, und durch Ausdehnung des Wahl-
 rechts auf die Frauen und Herabsetzung des wahlfähigen
 Alters auf 23 Jahre wurde die Zahl der Stimmberechtigten
 von 1.1 auf schätzungsweise 2.8 Millionen er-
 höht. Nachdem diese Verfassungsänderungen inwischen Ge-
 schehen, erlangt haben, hat die Regierung die bisherige
 zweite Kammer aufgelöst, und am 10. September haben die
 Neuwahlen begonnen.

Es gilt demnach diesmal, eine große Masse neuer Wähler
 an die Urne zu bringen, und so zogen die Parteien mit er-
 höhter Antrengung in den Wahlkampf. Die Parteiverhält-
 nisse sind ziemlich einfach: Die Rechte wird gebildet von den
 rechts herbeigeführt. Alle noch bestehenden Beschränkungen,
 wie Begrenzung der Steuern, Ableistung der Wehrpflicht und
 anderes, wurden beseitigt, und durch Ausdehnung des Wahl-
 rechts auf die Frauen und Herabsetzung des wahlfähigen
 Alters auf 23 Jahre wurde die Zahl der Stimmberechtigten
 von 1.1 auf schätzungsweise 2.8 Millionen er-
 höht. Nachdem diese Verfassungsänderungen inwischen Ge-
 schehen, erlangt haben, hat die Regierung die bisherige
 zweite Kammer aufgelöst, und am 10. September haben die
 Neuwahlen begonnen.

Die Absperrung Oberschlesiens.

Einreiseverbote der interalliierten Kommission.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Warschau, 14. September.
 Die interalliierte Kommission erließ ein Einreiseverbot für
 alle, die außerhalb Oberschlesiens wohnen. Personen, die in
 Schlesia wohnen, erhalten die Erlaubnis zur Ausreise nur in
 Ausnahmefällen von den Kreiscontrollen. Sichtvermerk, die
 bayerische Konsulate außerhalb Oberschlesiens erteilen, sind un-
 gültig. Auch die Einreiseerträge reichsdeutscher
 Nationalisten, Vertreter größerer Tageszeitungen, sind abgelehnt
 worden, weil angeblich reichsdeutsche Zeitungen „unbefeh-
 ligte Ozeanmeldungen und Nachrichten über Intriken aus Ober-
 schlesien gebracht hätten“.

Rechtsradikale Umtriebe in Schlesien.

Wie wir hören, ist im Verlauf eingeleiteter Nachforschungen über
Bildung versäufungsfeindlicher Organisation.

Die Landtagsfraktion und der Landesvorstand der Deutschen demokratischen Partei in Bayern werden morgen zur Sache und zur Frage ihrer Beteiligung an der Kabinettbildung Stellung nehmen.

Mitglied für die Haltung der Demokraten
 bleiben die für die bisherige Koalition festgelegten Richtlinien,
 doch wird das größte Gewicht darauf gelegt, daß die innerpolitischen
 Verhältnisse einer ruhigeren Entwicklung zugeführt werden
 und die Beziehungen zwischen Bayern und dem
 Reich sich in Zukunft reibungslos gestalten.

Keine Wiederkehr Rohrs.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

München, 14. September.
 Die „Münchener Zeitung“ stellt mit Bedauern fest, daß angeblich
 der parteipolitischen Darstellung der Bayerischen Volkspartei über die
 Lehren der Kabinettkrisis an eine Wiederkehr Rohrs nicht
 mehr zu denken ist. An der Zeit scheint die Bayerische Volkspartei
 jetzt doch davon absehen zu wollen, Herrn v. Rohr auch nur der Form
 halber nochmals zu präferieren.

Stillschließung der staatlichen Pensionäre

Beschlüsse des Beamtenausschusses im Landtag.

Der Beamtenausschuß des preussischen Landtags
 beschloß heute die erste Sitzung der Ausschüssebestimmungen zum
 Beschluß des Reichstages. Einmütig war der Aus-
 schuß der Ansicht, daß nach dem 1. April 1920 in den Ruhe-
 stand versetzten Beamten bzw. den Hinterbliebenen
 der Verstorbenden Gehalten werden müsse.
 Aber die Frage, wie das zu geschehen habe, wurde ein
 Interzessionsbescheid eingeleitet. Die ganze Frage wird schließlich voran-
 schicklich noch den Hauptauschuß zu beschäftigen haben, da es sich um
 eine weitestgehende finanzielle Belastung handelt. Am Donnerstag, 22.,
 tritt der Ausschuß in die erste Sitzung der Ausschüssebestimmungen
 zum Beschlußbesetzungsgesetz ein.

* Die Stadt Merseburg hat, wie uns ein Privat-Telegramm
 meldet, vom Reich nach jahrelangen Verhandlungen den großen
 Erzbergwerk bei Merseburg gekauft, um dort ein großstädtisches
 Siedlungsunternehmen mit etwa 600 Bauten zu errichten.

Die Landtagsfraktion und der Landesvorstand der Deutschen demokratischen Partei in Bayern werden morgen zur Sache und zur Frage ihrer Beteiligung an der Kabinettbildung Stellung nehmen.

Mitglied für die Haltung der Demokraten
 bleiben die für die bisherige Koalition festgelegten Richtlinien,
 doch wird das größte Gewicht darauf gelegt, daß die innerpolitischen
 Verhältnisse einer ruhigeren Entwicklung zugeführt werden
 und die Beziehungen zwischen Bayern und dem
 Reich sich in Zukunft reibungslos gestalten.

Keine Wiederkehr Rohrs.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

München, 14. September.
 Die „Münchener Zeitung“ stellt mit Bedauern fest, daß angeblich
 der parteipolitischen Darstellung der Bayerischen Volkspartei über die
 Lehren der Kabinettkrisis an eine Wiederkehr Rohrs nicht
 mehr zu denken ist. An der Zeit scheint die Bayerische Volkspartei
 jetzt doch davon absehen zu wollen, Herrn v. Rohr auch nur der Form
 halber nochmals zu präferieren.

Stillschließung der staatlichen Pensionäre

Beschlüsse des Beamtenausschusses im Landtag.

Der Beamtenausschuß des preussischen Landtags
 beschloß heute die erste Sitzung der Ausschüssebestimmungen zum
 Beschluß des Reichstages. Einmütig war der Aus-
 schuß der Ansicht, daß nach dem 1. April 1920 in den Ruhe-
 stand versetzten Beamten bzw. den Hinterbliebenen
 der Verstorbenden Gehalten werden müsse.
 Aber die Frage, wie das zu geschehen habe, wurde ein
 Interzessionsbescheid eingeleitet. Die ganze Frage wird schließlich voran-
 schicklich noch den Hauptauschuß zu beschäftigen haben, da es sich um
 eine weitestgehende finanzielle Belastung handelt. Am Donnerstag, 22.,
 tritt der Ausschuß in die erste Sitzung der Ausschüssebestimmungen
 zum Beschlußbesetzungsgesetz ein.

* Die Stadt Merseburg hat, wie uns ein Privat-Telegramm
 meldet, vom Reich nach jahrelangen Verhandlungen den großen
 Erzbergwerk bei Merseburg gekauft, um dort ein großstädtisches
 Siedlungsunternehmen mit etwa 600 Bauten zu errichten.